

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 2

Rubrik: Leserecho

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

IWF) abzulehnen und das Referendum dafür zu verlangen. Zehn Tage später ignorierte die Fraktion schlicht diesen Entscheid und beschloss ihr eigenes Vorgehen; die Bundesratsbeteiligung hätte keineswegs unter sagt, dem Parteitagsbeschluss nachzukommen.

Die starke parteiinterne Bewegung für den Regierungsaustritt ist nach meinem Empfinden auch motiviert durch die *Entfremdung zwischen Parteimitgliedern und Mandatsträgern*: Viele Genossinnen und Genossen haben ihre politischen Ziele und Wünsche schon seit geraumer Zeit nicht mehr im Handeln von Exekutivvertretern und Parlamentariern wiedererkannt. Jahrelang hat sich eine Identitätslücke aufgetan — wir haben mehrmals darauf hingewiesen —; und jetzt sucht diese Frustration ihre Befriedigung im symbolisch wirksamen Akt des Regierungsaustritts.

Gerade in der Opposition bräuchte es verstärkte Koordination zwischen Parteiorganen und Fraktion: Die bisherige räumliche, organisatorische und finanzielle Trennung zwischen Zentralsekretariat und Fraktionssekretariat hat die Koordination nicht erleichtert und der — manchmal effizienten, aber langfristig gefährlichen — Eigendynamik der Fraktion Vorschub geleistet. Allerdings brauchen wir nicht Maulkorbbeschlüsse und Disziplinierungsmassnahmen, aber viel mehr gegenseitige personelle Vertretungen der Gremien.

Persönliche Schlussbemerkung

Ich habe raumeshalber viele neue Anforderungen an die Partei, namentlich auch an die Sektionen, nicht ausführen können: ich denke etwa an die Mitgliederwerbung, an die Fähigkeit zu Hauswurf-Aktionen bei Abstimmungen, an die finanziellen Erfordernisse. Die

Elemente einer Oppositionspolitik, wie sie hier in der erfordernten Kürze nur grob gezeichnet worden sind, wären eigentlich so oder so nötig: für den Fall, dass wir bis 1987 im Bundesrat verbleiben, oder auch, wenn wir jetzt den sofortigen Austritt beschliessen. Hätten wir drei Jahre Zeit, sie vorzubereiten und einzuüben, wären es dannzumal brauchbare Werkzeuge in unserer Oppositionsrolle. Heute sind es eher Ideen und Planspiele, die nicht einmal in die Köpfe aller Geschäftsleitungsmitglieder einzugehen die Zeit fanden.

Die Chancen eines Regierungsaustritts, die ich durchaus auch sehe, werden nicht automatisch zum Erfolg werden. Wer da nicht harte und ausdauernde Knochenarbeit für alle Mitglieder und Parteiebenen vorsieht, der entscheidet verantwortungslos!

Leserecho

Seifenblase geplatzt

Schon längere Zeit habe ich bemerkt, dass die «Rote Revue» leider nicht mehr ist, was sie einmal unter der Redaktion von Gerichtspräsident Lienhard war. Im speziellen hat mich die letzte Nummer enttäuscht. Statt sachliche Kommentare für oder gegen eine Regierungsbeteiligung alles Negativkommentare mit Nuancen über die Wahl von Otto Stich. Er ist der Anlass für diejenigen Kreise, denen die Bundesratsbeteiligung schon längst ein Dorn im Auge ist. Otto Stich sei ein Chauvinist, weil er die Wahl nicht abgelehnt hat.

Ich verabscheue zutiefst die persönlichen Beleidigungen der AZ-Redaktoren über einen langen Zeit im Dienste der Partei stehenden Genossen. Ob Kern-

kraftwerke im Interesse der Arbeiterschaft stehen oder ob sie arbeiterfeindlich sind, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls befürworteten viele sozialistische Parteien Atomkraftwerke. Keine massgebende kommunistische Partei hat sich je dagegen ausgesprochen. Die französischen Sozialisten sind dazu noch für mehr Atomraketen. Im übrigen hat der neue Bundesrat sich m.E. nicht für ein Kernkraftwerk Kaiseraugst ausgesprochen, sondern sich nur geäussert, dass er ein solches Kraftwerk einem Kohlekraftwerk vorziehen würde.

Wie bekannt ist, haben sich 95% der Sektionen (von 1000 Sektionen hatten nur 404 an der Abstimmung teilgenommen. Die Red.) für die Bundesratsbeteiligung ausgesprochen. Man wusste schon im Jahre 1981, dass wir Sozialdemokraten in einer bürgerlichen Regierung sitzen. Wir wussten schon damals, dass im Parlament sämtliche Vorlagen des Bundesrates zerzaust werden. Es war auch schon damals bekannt, dass von der Bundesversammlung geborene Vorlagen nachher in der Volksabstimmung abgetrieben werden. Wenn schon, so hätte man die Konsequenzen vor der Bundesratswahl ziehen müssen, denn es ist kaum anzunehmen, dass das bürgerliche Parlament die Vorlagen einer Frau Uchtenhagen besser honoriert hätte, als es dies mit denen von Otto Stich tun wird. Aus diesen Gründen akzeptiere ich keineswegs die Treibjagd auf unseren neuen Bundesrat, so wenig wie die bürgerliche Hetze gegen Helmut Hubacher. Es ist immer wieder erstaunlich, welcher Selbstzerstörungstrieb unserer Partei innewohnt. Es ist Otto Stich zu verdanken, dass die Partei aus dem Dornröschenschlaf erwacht ist, nur hätte man eben die Bundesratswahl nicht verschlafen dürfen, sondern hätte früher die Konse-

quenzen ziehen und aus dem Bundesrat ausziehen müssen. Die Wahl von Stich ändert an der derzeitigen Situation überhaupt nichts. Die Illusion, dass Lilian Uchtenhagen mehr erreicht hätte, ist eine farbenprächtige Seifenblase. Leider müssen aber solche Blasen platzen, damit gewisse Genossen die Realitäten wieder erkennen. Jetzt aber in die Opposition gehen aus einer Trotzreaktion heraus ist falsch. Otto Stich als Anlass dafür zu nehmen, ist so, wie wenn man mit Raketen auf Spatzen schießen würde.

Es gibt achtbare Gründe für einen Regierungsaustritt. Dieser müsste auf das Ende einer Legislaturperiode beschlossen werden. Meines Erachtens überwiegen jedoch die Nachteile in unserer halbdirekten Demokratie. Wir wären weg vom Fenster, ohne Macht, ohne Einfluss, ohne Presse. Der Bundes-

rat ist innerhalb der Schweizerischen Eidgenossenschaft nach wie vor die fortschrittlichste Bundesbehörde. Ich begreife, dass sehr junge Genossen dies bezweifeln. Wer jedoch die vergangenen 15 Jahre Bundespolitik verfolgt, kommt zu keinem anderen Schluss. Es ist das vom Volk gewählte bürgerliche Parlament, das die Vorlagen zerzaust, verwässert, und das Volk, welches sie in den Referendumsabstimmungen zerfetzt. Idealistische Vorstellungen über die Volksrechte erhehlen dieses Bild nicht. Weshalb es Genossen gibt, die trotz all dieser Fakten noch eine Bundesratsvolkswahl wollen, ist mir unerklärlich. Offenbar ist diesen Genossen nicht klar, wer bei uns die Medien in den Händen hat. Die Arbeiterpresse jedenfalls nicht, oder könnten wir mit 7000 Abonnenten (Noch existieren 11 Arbeiterzei-

tungen mit etwa 50 000–60 000 Lesern. Die Red.) auf eine halbe Million Einwohner die Volkswahlen beeinflussen? Wollen wir wirklich amerikanische Verhältnisse, wo mangels Parteiprogrammen eine «Erdnuss», ein «Elefant» oder ein «Cowboy» gewählt wird. Die Volkswahl des Bundesrates ist in unserem föderalistischen Staatswesen mit seinen politischen, konfessionellen und sprachlichen Minderheiten nicht einmal eine Diskussion wert. In den Bezirken Dorneck-Thierstein des Kantons Solothurn ist noch nie ein Sozialdemokrat vom Volk in ein volamtliches öffentliches kantonales Amt gewählt worden. Zum Glück gibt es noch einen bürgerlich beherrschten Regierungsrat, der auch Sozialdemokraten wählt.

*Peter Linz, Notar, Büsserach
Amtschreiber-StV. v. Dorneck*

Pierre Aubert vor dem Kongress der Gewerkschaft Bau und Holz

Anerkennung für die Arbeiter

Darf ein SP-Bundesrat nicht mehr sagen, wo er steht?

Wie man einen sozialdemokratischen Bundesrat verleumdet und seine persönlichen Mitarbeiter disqualifiziert, zeigt die Reaktion der Presse auf die Rede, welche Bundesrat Pierre Aubert am 14. Oktober vor dem Kongress der Bau- und Holzarbeiter gehalten hatte. Zunächst übte man harsche Kritik am Inhalt dieser Rede, danach unterstellte man ihm, dass er die eigene Rede nicht nur nicht selber geschrieben, sondern nicht einmal gelesen hätte, bevor er sie gehalten hatte, und schliesslich diffamierte man noch seinen persönlichen Berater Lucien Erard, der ihm die unangenehmen Äusserungen «untergejubelt» habe. Um die Sache ganz perfekt zu machen, soll der dauernd falsch zitierte Helmut Hubacher seinerseits über Lucien Erard von «Monsieur Erreur» gesprochen haben. Die Schreiber all dieser Behauptungen — es sind immer dieselben Schmierfinken — brauchen natürlich für keine ihrer Behauptungen irgendwelche Beweise anzutreten. Semper aliquid haeret, sagten die Lateiner: etwas bleibt immer hängen. Was aber hat Bundesrat Aubert so Schreckliches vor dem Kongress der Gewerkschaft Bau und Holz nur wirklich gesagt? Wir publizieren die Rede im Wortlaut.

Liebe Kolleginnen
und Kollegen,

Ich freue mich sehr, heute unter euch zu sein. Ihr alle von der Gewerkschaft Bau und Holz habt bei der Verwirklichung von oft riesigen Projekten, die unsere Städte und unsere Landschaft in den letzten 30 Jahren so tiefgreifend verändert haben, eine entscheidende Rolle gespielt. Die Strassen und Brücken, die Tunnels, die unsere Landesregionen einander nähergebracht haben, die Türme und Häuser, die in unseren Städten und Dörfern wie Pilze aus dem Boden geschossen sind, dies alles ist euer Werk. In